

Hartz IV soll weg! - Was soll her? Eine gute Armenbetreuung vielleicht?

Man protestiert gegen die beschlossenen Verschlechterungen der sozialen Lage und verlangt eine bessere Sozialpolitik. Will man allen Ernstes die ganze Hilf- und Mittellosigkeit der Millionen Erwerbslosen unterstellen und stehen lassen und auf dieser Basis eine gute Behandlung für Langzeitarbeitslose verlangen? Vielleicht eine so wunderbare wie bisher - mit Arbeitslosenhilfe statt ALG II, mit schrittweise verfallenden Anwartschaften aufs Arbeitslosengeld statt der einjährigen Deadline? Und ist es nicht unangemessen, sich fordernd an einen Staat zu wenden, der Arbeitslosigkeit und Armut erst entstehen lässt und organisiert, und zu erwarten, ausgerechnet er würde dann die Armen großzügig versorgen?

Und Arbeitsplätze?

Schröder soll „Arbeit schaffen, anstatt die Arbeitslosen zu bestrafen!“ So, hofft man wohl, werde das Elend nicht nur verwaltet, sondern echt überwunden. Da täuscht man sich. Der kapitalistische Arbeitsplatz ist kein Heilmittel gegen wachsende Armut, sondern ihr Grund.

Der Ruf nach Arbeit ist verkehrt!

Denn genau genommen hat kein Mensch ein Bedürfnis nach Arbeit, nach dem Aufwand nämlich, den man zur Herstellung der nützlichen Güter treiben muss. Ein jeder ist froh, wenn die Arbeit erledigt ist und auch mal wieder aufhört. Wo Leute massenhaft nach Arbeit seufzen, leben sie unter Bedingungen, die es ihnen verwehren, die Lebensmittel, die sie brauchen, in ihrem Interesse herzustellen. Sie können die Arbeit, die sie für sich erledigen müssen, nicht verrichten, weil die Produktionsmittel, Fabriken, Werkzeuge und Maschinen anderen gehören. Die Eigentümer lassen die Bedürfnisse an ihre Produktionsmittel nur ran, wenn deren Arbeit ihnen Gewinn erwirtschaftet und ihr Vermögen mehrt. Nur unter dieser Vorbedingung können Arbeitsleute den Lohn verdienen, den sie für ihre Lebensbedürfnisse brauchen. Ihre Bedürfnisse selbst sind einfach kein Grund für Produktion im Kapitalismus.

Im Gegenteil: Wenn Unternehmer Gelegenheit zur „Arbeit geben“, kalkulieren sie den Lohn, den sie zahlen, als leidige Kosten: Er hat knapp auszufallen, die Leistung aber, die eingekaufte Arbeitskräfte bringen müssen, kann gar nicht groß genug sein. Sie werden möglichst lang, intensiv und produktiv benutzt, damit man möglichst wenig von ihnen entlohnen muss. Ständig wird durch den Einsatz neuer Technik der Ertrag der Arbeitsstunde gesteigert und Arbeit überflüssig gemacht. Selbstverständlich nicht, um Arbeitern mehr Güter zugänglich zu machen oder um ihnen Arbeit zu ersparen, sondern um dem Kapital bezahlte Arbeit und damit Lohnkosten zu ersparen. Es fördert seinen Gewinn, indem es die eine Hälfte der Belegschaft entlässt, sich die Bezahlung von deren Lebensunterhalt spart und der anderen Hälfte die verbliebene Arbeit zum alten Lohn aufbürdet. Arbeitslosigkeit ist die Form der Arbeitszeitverkürzung, die der kapitalistische

Fortschritt hervorbringt. Das Elend der Arbeitslosen ist nur die andere Seite der Arbeitsplätze, an denen die Kapitaleigner ihren wachsenden Reichtum produzieren lassen.

Das Heer der Überflüssig-Gemachten ist dafür nicht nutzlos. Mit Arbeitslosen, die sich aus Not für ein Butterbrot anbieten, erpressen die Arbeitgeber ihre Belegschaften: Wenn die nicht bereit sind, für weniger Geld länger zu arbeiten, dann drohen die Unternehmer Arbeitslose in Deutschland, Polen oder Indien an ihrer Stelle zu nehmen - und Produktion dorthin zu verlagern, wo das ausbeutbare Elend noch größer ist. „Arbeit“ gibt es nur, wenn sie nach Preis und Leistung mit jedem Hungerlohn und jeder Leuteschinderei auf dem Globus konkurrieren kann und dem Kapital weltspitzenmäßige Renditen verspricht. Wer unter diesen Umständen seinen Willen zur Arbeit beteuert und nach „Arbeitsplätzen“ ruft, hat die feindlichen Existenzbedingungen akzeptiert, seine Abhängigkeit von den Kalkulationen der Gegenseite anerkannt und bittet ohnmächtig darum, benutzt zu werden.

Der Ruf nach besserer Politik ist verkehrt!

Denn auf Wachstum und rentable Arbeitsplätze für Deutschland zielt Schröders neue Sozialpolitik ja schon von selbst. Die Regierung bezieht sich, mit alten sozialstaatlichen Regelungen erstens das „Beschäftigten“ für Unternehmer teuer gemacht und zweitens die gesunde Erpressung der Beschäftigten durch die Arbeitslosen behindert zu haben. So habe man dem Kapital Wachstumsbedingungen verweigert und das Schaffen von Arbeitsplätzen erschwert. Bisher sollen die Sozialsysteme nämlich den interessanten Fehler begangen haben, Leuten Unterstützung zu gewähren, weil sie arbeits- und daher mittellos sind. Jetzt sieht man es umgekehrt: Leute sind nun angeblich arbeitslos, weil der Staat Unterstützung gezahlt und ihnen die Selbstbehauptung auf dem Arbeitsmarkt erspart hat. Nach den Hartz-Reformen darf und kann niemand mehr für längere Zeit von staatlichen Zuschüssen leben. Wer auf Hilfe angewiesen ist, muss „jede legale Arbeit annehmen“, jeden Billjob mit den übelsten Konditionen. Das heißt die Konkurrenz zwischen den Arbeitslosen und den Beschäftigten an und wirkt - schon jetzt - auf das Lohnniveau und die Arbeitszeiten im Land. So werden die gesunden kapitalistischen Verhältnisse hergestellt, in denen das Ausbeuten wieder Spaß macht. Dass dadurch wirklich mehr von den Drecksjobs entstehen, nach denen alle Welt ruft, will Schröder nicht einmal versprechen; aber so viel schon: Wenn überhaupt, dann wird nur auf diese Weise „Arbeit geschaffen“, fürs Kapital lohnende Anwendung von Arbeitskräften nämlich. Und wo er recht hat, hat er recht.

Glaubt dem Schröder ruhig, wenn er sagt, dass der Erfolg Deutschlands in der internationalen Konkurrenz eure Armut braucht. Euer Lebensunterhalt ist mit dem Fortschritt der deutschen Wirtschaft nicht vereinbar.

Lesetipp:

Die Aufregung um Hartz IV – ein Lehrstück über die Produktivkraft demokratischer Kritik Armut – kein Skandal

Skandal Nr. 1: Schlechte Organisation!

Skandal Nr. 2: Das Gleichgewicht zwischen Fordern und Fördern lässt zu wünschen übrig!

Skandal Nr. 3: Geht es beim Verarmen gerecht zu?

Skandal Nr. 4: Haben die, die den Skandal ausrufen, überhaupt das Recht dazu?

in GEGENSTANDPUNKT 3 04, S. 119-129

(seit 17. September im Buchhandel und beim GEGENSTANDPUNKT-Verlag)

<http://www.gegenstandpunkt.com/gs/04/3/hartziv.htm>

Impressum:

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DES MARXISTISCHEN PRESSEWESENS E.V.

Böblinger Str. 135; 70199 Stuttgart; Tel.: 0711/6151772; V. i. S. d. P.: Theo Wentzke

www.gegenstandpunkt.com; www.gegenstandpunkt.freies-radio.de

www.gegenstandpunkt-s.de; Kontakt: versus.tuebingen@gmx.de

Druck:

Gastvortrag von
Prof. Dr. Margaret Wirth
(Universität Bremen)

Demokratie heute: - Wahlen in Afghanistan - Wahlen in Deutschland - Wahlen in den USA Ein Vergleich.

Was man aus den Wahlen über die Form politischer Herrschaft namens Demokratie lernen kann.

Wahlen gelten allgemein als Sternstunden der Demokratie, als höchstes Qualitätssiegel dieser Herrschaftsform. Turnusmäßig wird das Volk aufgerufen, sich als oberster Souverän zu betätigen und die Personen zu bestellen, die die politischen Ämter besetzen und die Herrschaft ausüben sollen. In diesem Verfahren der Herrschaftsbestellung soll sich überhaupt die Güte dieser Herrschaft beweisen, ihre demokratische Qualität. Die liegt nach allgemeinem Dafürhalten darin, dass in der Demokratie die Staatsgewalt nicht einfach selbstherrlich, sondern mit Zustimmung der Untertanen ausgeübt wird.

Entsprechend viel Aufhebens wird um diese Veranstaltung gemacht: Schließlich soll sich ja sowohl in der Durchführung wie auch im Ergebnis der Wahl zeigen, wie demokratisch es in einem Lande zugeht, in welchem Ausmaß also sich ein Land das Gütesiegel an die Brust heften darf, eine ganz echte Demokratie zu sein. Da gibt es immer und überall viel zu mäkeln: An Parteien und Kandidaten, an der Wahlwerbung, an den Wahlverfahren und am Ergebnis. In Afghanistan waren manche Kandidaten fragwürdig und die Fingertinte abwaschbar, in den deutschen Landtagswahlen bekommen falsche Parteien zuviel Stimmen, im amerikanischen Wahlkampf regiert die Stimmungsmache und die Wahlcomputer laden geradezu zur Wahlfälschung ein... Usw. usf.: Von dieser Sorte konstruktiver Kritik, die sich um das optimale Gelingen der Veranstaltung namens Wahl sorgt, sind die Gazetten vor, und während der Wahl voll. Der Sache tut diese Sorte Kritik merkwürdigerweise ebenso wenig Abbruch wie der guten Meinung über sie. Wenn die Wahllokale geschlossen, die Stimmen ausgezählt sind und die neue Regierung feststeht, hat die Mäkelei ein Ende. Der Souverän hat gesprochen, die Regierenden regieren weiter - bis zum nächsten Wahltermin. Das war dann wohl auch der Sinn der Sache.

Der gängigen Kritik an der Wahl will sich der Vortrag nicht anschließen. An den drei Fällen Afghanistan, Deutschland und USA sollen vielmehr folgenden Fragen nachgegangen werden:

- Worin besteht die tatsächliche Leistung der Wahl für die Herrschaftsform namens Demokratie - und für das Volk, das zum Wählen aufgerufen ist? Warum und wofür befinden es die politischen Herren der Demokratie für so wichtig, dass ihre Landsleute zur Urne schreiten und ihr Wahlkreuz machen - so wichtig, dass sogar in einem Land, wo ansonsten Krieg und Hunger herrscht, die Volksmassen offenbar nichts Dringenderes brauchen als Gelegenheit zum Wählen? Und das Volk: Was hat es hier wie dort gewonnen, wenn es wählen geht?
- Handelt es sich bei den unschönen Begleitumständen der Wahl, die die Presse so begierig aufspießt, vielleicht gar nicht um Abweichungen von dieser hehren Veranstaltung, sondern um notwendige Verlaufsformen dieser Methode, den Volkswillen sprechen zu lassen?
- Was also lässt sich an Wahlen lernen über die Herrschaftsform Demokratie? Worum geht es bei ihr - und verdient sie eigentlich die gute Meinung, die sie allerorten genießt?

Klar: Zwischen den Wahlen in Afghanistan, Deutschland und den USA lassen sich jede Menge Unterschiede feststellen - die sollen im Vortrag nicht zu kurz kommen. Es wird sich allerdings zeigen, dass die Gemeinsamkeiten nicht so gering ausfallen, wie mancher vielleicht denkt.

**Der Vortrag findet statt
am Dienstag, 23. November 2004, 19 Uhr
in der Neuen Aula, Hörsaal 2
Wilhelmstr. 7 in Tübingen**

**Margaret Wirth
ist Professorin für Politikwissenschaft
an der Universität Bremen**

Was gegen psychologisches Denken spricht

Ein Psychologe, der einen Menschen untersucht, um seine Persönlichkeit zu verstehen.

Es gibt einige Grundauffassungen der Psychologie, die von vielen als so selbstverständlich empfunden werden, dass über sie gar nicht mehr groß gesprochen werden muss. Dennoch sei die Frage erlaubt, ob diese Standards psychologischer Argumentation tatsächlich so selbstverständlich und plausibel sind, wie sie gemeinhin gehandelt werden. Ein bisschen Verunsicherung ist ja manchmal auch nicht blöd.

Die Psychologie ist bekannt für die recht weit gespannte Bandbreite ihrer Themen. Ob Arbeit oder Liebe, Christentum oder Selbstmord, Schule oder Krieg – bei all diesen Gegenständen weiß sie sich zuständig für die Erklärung der Rolle, welche die Subjekte dabei spielen. Und es ist ja auch so, dass Subjekt all dieser Aktivitäten, denen sich psychologische Theorien widmen, zweifelsohne der Mensch ist: ohne Menschen keine Arbeit, keine Religion, kein Krieg, kein gar nichts.

Dagegen spricht: Es tut einer Erklärung gar nicht gut, diese unbestreitbare, aber auch wenig erhellende Tatsache dafür herzunehmen, sein Augenmerk weg von dem, was die Menschen da tun, fortan darauf zu richten, dass Menschen ‚es‘ tun. Aus der negativen Bestimmung ‚ohne Menschen kein...‘ folgt nämlich keineswegs zwingend der positive Schluss, den die Psychologie für sich gezogen hat: ... dann müsse der Schlüssel für Arbeit, Liebesleben, Religion und Krieg im Inneren des Menschen liegen! Wer diesen Schluss dennoch für naheliegend hält, interessiert sich dann logischerweise gar nicht mehr für den Inhalt der subjektiven Leistungen, also für die Frage, wie -die Leute denn eigentlich Subjekt der verschiedenen Handlungen sind, an denen sie sicherlich irgendwie beteiligt sind – sondern hat sich damit den Forschungsauftrag erteilt, im Menschen nach etwas zu suchen, das sein Verhalten hervorbringt, seine subjektiven Leistungen aus etwas zu erklären, das hinter ihnen steckt. Mit dieser kleinen, aber entscheidenden Verschiebung des Blickwinkels ist der Grundstock für die Eigentümlichkeit psychologischer Erklärungen gelegt.

Die Psychologie geht bei ihren Untersuchungen davon aus, dass der Schlüssel menschlichen Verhaltens in der Innenwelt des Individuums zu suchen sei. Die Leistungen menschlichen Willens und Bewusstseins gelten ihr dabei – wie sie es manchmal explizit betont – als bloße „Oberfläche“, an der stets noch gekratzt werden muss, um auf die „dahinterliegenden“ verborgenen Vorgänge zu stoßen. Und Belege dafür, dass es sich bei diesen subjektiven Leistungen nur um die Ebene „beobachtbaren Bewusstseins“ handelt, dem so ohne weiteres gar nicht zu trauen ist, kennt sie auch: Erstens liegt die menschliche Seele bekanntlich nicht „wie ein offenes Buch“ vor uns, von dem wir nur noch ablesen müssten; zweitens treiben die Menschen in der Tat jede Menge widersprüchlich bis unsinnig anmutende Dinge und haben, drittens, häufig genug ein falsches, verschwommenes oder gar kein Bewusstsein von ihren Handlungen und Gefühlen.

Dagegen spricht: Aus einer Erklärungsbedürftigkeit dessen, was Leute tun und sich über Gott und die Welt denken, folgt keineswegs zwingend der Schluss, den die Psychologie daraus gezogen haben will: ...“dann“ seien Wille und Bewusstsein jawohl als eine Sphäre trügerischer Einbildungen zu betrachten, denen beim besten Willen nicht zu entnehmen ist, was jemandem wozu bewegt. Mit dieser Sichtweise (v)erklärt man das menschliche Handeln erst zu diesem ganz prinzipiellen Rätsel, dessen Lösung partout „hinter“, sprich jenseits, des Bewusstseins gesucht und gefunden werden muss, das jemand davon hat. Und was das Un-, Unter- oder falsche Bewusstsein angeht: Noch nicht einmal die Tatsache, dass die Leute allen möglichen Unsinn (mit)machen, beweist, dass nur ihre Innenwelt dafür verantwortlich sein kann. Dass sich jemand womöglich ein verkehrtes Urteil gebildet hat, zieht die Psychologie erst gar nicht in Betracht, weil ihr der Inhalt eines Gedankens sowieso keine Prüfung wert ist – für sich nimmt sie ihn weder wahr

noch ernst, er zählt ausschließlich als Abbild seelischer Prozesse. Ausgestattet mit dieser sehr methodischen Gewissheit – „da muss doch was dahinterstecken!“ – steht der psychologischen Entdeckungsreise ins Ich nichts mehr im Wege.

Wenn der Mensch zu allen möglichen Aktivitäten instande ist, dann möchte die Psychologie klären, was ihn dazu befähigt: dann gilt es, die Gesetzmäßigkeiten menschlichen Verhaltens und darin dessen Ursache zu ergründen. Das Auffinden von „Verhaltensdispositionen“, von typischen, immer wiederkehrenden Handlungsweisen soll dazu beitragen, sowohl die Innenwelt des Individuums als auch seine Außenwelt besser zu verstehen.

Dagegen spricht:

1. Eine bestimmte Voraussetzung, ohne die ein bestimmtes Tun nicht geht, ist noch lange nicht dasselbe wie der Grund, warum jemand das tut. Dass der Mensch z.B. über geistige Fähigkeiten verfügt, erklärt keineswegs, warum er ein paar Jahre in die Schule geht und dort benotet wird.
2. Es ist schon ein bisschen dogmatisch, es mit dieser Verwechslung von Fähigkeit zu und dem Grund einer Handlung von vornherein auszuschließen, dass das, was einer treibt, von so etwas wie Zwecken abhängen könnte, die er sich setzen mag oder denen er gehorchen muss. Was immer einer Bestimmtes tut, will, denkt, fühlt – die Psychologie nimmt es gleich zur Kenntnis als mehr oder weniger beliebigen Ausdruck jener in ihm steckenden Potenzen, die sie vorher schon als treibende Kraft menschlichen Verhaltens unterstellt hatte.

3. Der Mensch ist damit theoretisch verdoppelt in das, was er tun will, und das, wodurch er dazu bewegt wird, ‚es‘ zu tun. Ob dafür nun sein Triebleben (nach Freud und Co) eine black box (Behaviorismus, Skinner), eine angeborene Begabung oder ein anerzogenes Motiv (sog. Gem-Umwelt-Kontroverse) verantwortlich gemacht wird, ist ziemlich egal – jedenfalls soll es von einer dieser inneren Kräfte und Säfte abhängen, wie er sich verhält und verhalten wird. Das Verhalten ist abhängige Variable von inneren und äußeren Faktoren, welche bewirken, was wir tun und was nicht. Das ist der Determinismus der Psychologie: Wenn einer so oder so handelt, dann wird das wohl seine innere Notwendigkeit haben – er ist so oder so (gebaut) und kann darum wohl auch nicht anders.

4. Als Erklärung ist die Benennung bestimmter Dispositionen, Anlagen, Kognitionsmuster etc. als das Wesensmerkmal bestimmter beobachtbarer Phänomene schließlich höchst zweifelhaft. So ist z.B. mit dem Befund „Krieg ist eine Form der Aggression“ ausgerechnet das allernspezifischste Moment an ihm festgehalten. Einer Bestimmung seiner Gründe, seiner Subjekte, seiner Objekte kommt man so garantiert nicht näher, im Gegenteil: jetzt ist diese Staatsaktion ja erst so richtig verwechselbar geworden mit allen möglichen anderen „Schädigungen von Individuen“! Das Angebot der Psychologie besteht also in einem höchst zirkulären Verfahren, das vorwärts wie rückwärts beliebige Deutungskraft besitzt. Man muss nur jene abstrakte Gemeinsamkeit, die vorher in alle möglichen Arten von Gewalt („Macht, Konkurrenz etc. alles austauschbar und offenbar auch dasselbe!) hineingelesen wurde, hinterher wieder herauslesen: und zwar einmal als deren Wesensmerkmal, zum anderen als deren Motor. So ist die treibende Kraft für „aggressives Verhalten“ glasklar: die „Aggressivität“, die in einem Menschen steckt. Oder sie ist umgekehrt als bloßer „Reflex“ auf äußere Umstände zu deuten, was seinerseits wiederum die spannende Frage nach einer Disposition aufwirft, auf diese Umstände „entsprechend“ zu reagieren.

Damit erzeugt diese Sorte Erklärung gerade in ihrer Begriffslosigkeit ein tiefes Verständnis für alle großen und kleinen Ereignisse des Lebens, vom Krieg über den Berufserfolg bis zum Ehekrach: schuld ist immer die Persönlichkeit des Menschen.

Da alles, was aus einem Menschen wird, von der Beschaffenheit seines Innenlebens abhängt, offeriert die Psychologie eine Diagnostik der Persönlichkeit. Sie erforscht Eigenschaften, Fähigkeiten, Begabungen, deren individuelle Ausprägung über Chancen und Perspektiven entscheide, die einer im Berufs- und/oder Privatleben hat. Intelligenz- und Persönlichkeits tests setzen diese Annahme in die Praxis um und sollen Erkenntnisse vermitteln über die Chancen, die der einzelne aufgrund seiner Möglichkeiten hat.

Dagegen spricht: Seit wann richten sich die Chancen, die einem in dieser Gesellschaft geboten werden, „etwas zu werden“, eigentlich danach, was die Leute gerade für welche sind und was sie so können? Umgekehrt ist es doch: Die Leute haben sich danach zu richten, welche Fähigkeiten überhaupt verlangt werden. Die müssen sie aufweisen bzw. erlernen, um an bestimmte Positionen herankommen zu können – und das heißt nun einmal auch: Es steht allemal fest, dass es eine Hierarchie der Berufe und ihrer Dotierung gibt. Ebenfalls steht damit von vornherein – bevor sich irgendwer die „Fähigkeiten“ der Leute anzugucken bräuchte – fest, dass es immer Gewinner und Verlierer gibt, weil die Menschen eben auf diese Hierarchie verteilt werden sollen. Und nur, weil als einziges noch nicht feststeht, wer oben oder unten landet, der Spruch von seinem Glück, an dem man unverdrossen herumhämmern soll, auch schon wahr sein?! Aus der eher banalen Feststellung, dass ein jeder daran gemessen wird, was er in dieser Konkurrenz um diese Positionen bringt und es dabei auf seine Leistungen ankommt, folgt schließlich noch lange nicht, dass entscheide die persönliche Leistung auch darüber, was aus einem wird. Es ist eben doch bloß die Ideologie zu dieser Konkurrenz, die Leute hätten den Erfolg in ihrer Hand und müssten darum nur kräftig an ihren „Fähigkeiten“ feilen; das ist zwar nicht wahr, aber nützlich – zur Rechtfertigung von Erfolg und Niederlage nämlich. Dem modernen Glaubenssatz, von den Fähigkeiten des einzelnen, „seine Chancen zu nutzen“, hinge ab, was er im Leben (nicht nur im Beruf) erreicht, gibt die Psychologie demnach a) sehr recht, um ihn b) in eine Methode wissenschaftlicher Handlesekunst zu überhöhen: „Zeige mir Deine Eigenschaften und ich sage Dir, was aus Dir wird und werden musste!“ So wird von einem Erfolg locker auf den „Erfolgsmenschen“, den „Siegertypen“ geschlossen, genauso wie umgekehrt ein Scheitern den „Versager“, den „Looser“ verrät (meist nicht ohne ihm zu attestieren, seine Fähigkeiten lägen eben auf einem anderen Gebiet) – und als Grund dafür wird ebenso locker eine „individuell ausgeprägte Erfolgstüchtigkeit“ angegeben. Mit diesem passenden Sprachendenkmal für die widersprüchliche Vorstellung einer „Disposition“, eines Vermögens, das den (Miss-)Erfolg der Anstrengung der Leute in allen Sphären des Lebens, in denen sie sich betätigen wollen/müssen (voraus)entscheide, also „irgendwie“ determiniere, kennzeichnet die Psychologie sehr treffend den ihr eigenen Persönlichkeitsrassismus.

Das beliebteste Angebot der Psychologie besteht schließlich darin, die Leute beim Umgang

Fortschritt heute: Länger arbeiten und weniger verdienen

Deutsche Konzerne trauen sich 2004 etwas Neues: Sie verlangen ganz offen unbezahlte Mehrarbeit. DaimlerChrysler will aus seiner Stuttgarter Mannschaft pro Jahr 500 Millionen Euro zusätzlich herauswirtschaften, VW plant die Personalkosten um 30 % zu senken. Siemens, Opel, MAN, KarstadtQuelle machen es ebenso. Und was für die feinen Weltkonzerne gilt, gilt erst recht für den Mittelstand und die kleinen Klitschen – von Ostdeutschland ganz zu schweigen: Tarifverträge werden offen missachtet oder in Zusammenarbeit mit Betriebsrat und Gewerkschaft ausgehebelt und umgangen: Der Arbeitstag wird verlängert und das Lohn-einkommen wird in ein paar Monaten um mehr gekürzt, als die Lohnerhöhungen der letzten 15 Jahre eingebracht haben.

mit sich selbst zu beraten und ihnen zu helfen, wenn sie dabei in Schwierigkeiten geraten. Dagegen spricht: Fragt sich bloß, wobei ihnen da geholfen wird. Es könnte einem nämlich schon auffallen, dass die Menschenfreundlichkeit dieser Betreuungsangebote praktizierter Psychologie sich durch die Bank aus demselben Vorurteil speist, das schon ihre Diagnosen auszeichnete: Wenn irgendwer oder irgendwas scheitert, dann bist Du das und es liegt an Dir – und dabei will ich Dir helfen! Diese Diagnose steht schon fest, bevor der Klient die Praxis betreten hat, denn der Psychologe stellt sie immer. Und das heißt jawohl, dass er eine Hilfe in Aussicht stellt gegen ein „Scheitern“, ganz jenseits einer Prüfung dessen, was da scheitern mag und warum. Ob jemand entlassen wurde, im Knast sitzt oder der/die Liebste weggelaufen ist: Ein Therapeut betrachtet all diese Vorkommnisse von vornherein als Gegebenheiten, mit denen seine Kundschaft zurechtkommen können muss. Das einzige, was ihn an seinen „Fallen“ interessiert, ist, dass sie sich gefälligt mit sich selbst zu beschäftigen haben. Ob ein spezieller „Fall“ nun Opfer eines feindlichen Interesses geworden ist, vielleicht einen Fehler bei der Verfolgung eines eigenen Interesses gemacht hat, sich an moralischen Maßstäben bliamiert, die in dieser Gesellschaft gelten, oder was auch immer – das kann und will der Psychologe ausdrücklich nicht beurteilen, geschweige denn kritisieren. Von ihm betreute Menschen sollen sich ausschließlich der Frage zuwenden, ob ihre Einstellung zu den Problemen stimmt, die sie haben – und ein anderes „Verständnis“ haben Klienten offensichtlich auch nicht erwartet. Und wann „stimmt“ die Einstellung? Wenn die Leute durch einen Vorfall, der sie schädigt, ihnen Ärger oder Unzufriedenheit bereitet, nicht aus der Bahn geworfen werden! Eine psychologische Beratung verspricht dem Hilfesuchenden also nie, ihm etwa dabei behilflich sein zu wollen oder zu können, den Anlass bzw. den Grund eines Problems zu beseitigen, sondern immer nur, sich anders zu ihm stellen zu können. Jedemal wird also zu einem durch und durch instrumentellen Gebrauch des Verstandes geraten: Betrachte die Angelegenheit einfach so, dass sie Dich nicht stört! Auf gut deutsch: Don’t worry, be happy. Wenn Du in der rauen Welt auf die Nase gefallen bist – wenigstens Dein Selbstbewusstsein darfst Du Dir nicht beschädigen lassen, denn das ist die Hauptsache; wenn Du in der freien Wildbahn der Konkurrenz keinen Erfolg hast – besinne Dich darauf, dass Du eben andere, höhere Qualitäten hast... Die Tipps, die man bei Psychologen bekommt, gehen also allesamt so: da ein Schuss mehr –„Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl“, dort eine Prise mehr „Motivation“, hier ein Quentchen weniger „äußerliches Erfolgsdenken“... – in jeder Lebenslage die passende, weil fürs Gemüt funktionelle Einstellung, dann ist der Mensch „psychisch gesund“ und der Seelendoktor freut sich. Den Kunden mehr Selbstvertrauen und so Zeug einzufußöen – man mag nur gar nicht daran denken, wobei – das ist der nicht zu leugnende Erfolg psychologischer Hilfe.

(c) Verein zur Förderung des studentischen Pressewesens

Die Unternehmer begründen das einmal mit Verlusten (Karstadt, Opel), ein andermal fragen sie gerade in Jahren mit Rekordgewinnen provozierend: „Muss ein Unternehmen denn erst kurz vor dem Konkurs stehen, bevor sich etwas bewegt?“ (FAG Kugelfischer). Gleichgültig ob Unternehmen Branchenfürher mit Supergewinnen sind oder Verluste bilanzieren; gleichgültig, ob sie ihre Konkurrenten mit zusätzlichen Kostensenkungen vom Markt fegen wollen oder ob sie sich mit Kostensenkungen vor dem Konkurs retten wollen, immer haben sie dieselbe Diagnose: Die Arbeitskräfte in Deutschland arbeiten zu wenig und kosten zu viel. Also heißt die Lösung für alle ihre unterschiedlichen Konkurrenzbedürfnisse immer: *Verlängerung der Arbeitszeit plus Lohnsenkung*. Die einen wie die anderen verweisen auf den Zwang der Konkurrenz, der ihnen keine andere Wahl lasse. Dabei üben sie diesen Zwang durch die Verfolgung ihres Geschäftszwecks selbst gegeneinander aus – und dieser Geschäftszweck heißt nun einmal Profit und lebt davon, dass Arbeitskräfte für die Firma arbeiten und nicht für sich. Je mehr Leistung sie abliefern und je weniger sie davon haben, desto besser für die Rendite und desto besser für die Fähigkeit der Firma, der Konkurrenz Marktanteile weg-zunehmen. So herrscht das Interesse der Kapitaleigner in Form eines ganzen Systems von Sachzwängen und jede einzelne Firma „muss“ immerzu genau das, was sie will: Sie muss bei ihrer Jagd nach Profit gegen Konkurrenten erfolgreich sein, sonst geht sie unter. Aber ist das ein guter Grund für die Lohnabhängigen, dem Profiteresse des Kapitals den eigenen Lebensstandard zu opfern? Schließlich beweist das doch nur, dass die Arbeiterschaft nicht nur einem einzelnen raffgierigen Bösewicht gegenübersteht, mit dem sie fertig werden muss, sondern einem ganzen Wirtschaftssystem. Die Unternehmer jedenfalls, die selbstbewusst für den Vorrang des Profits vor dem Lohn argumentieren, verlassen sich nicht auf ihre Überzeugungsarbeit. Mit der Verordnung längerer Arbeitszeiten für weniger Geld stellen sie praktisch klar, dass der Lohn keine Frage einer gerechten Entsprechung von Leistung & Entgelt ist, sondern eine Frage der Macht: Wenn sie sich stark genug fühlen und die Gegenwehr schwach genug ausfällt, ändern sie einfach Leistungsanforderungen und Entlohnung in ihrem Sinn. Den Belegschaften, die das nicht gleich einsehen wollen, kommen sie mit Erpressung. Sie drohen, deutsche Standorte zu schließen und anderswo „Arbeit zu geben“, wo das ausbeutbare Elend noch größer ist – und ebenso die Bereitschaft, sich alles gefallen zu lassen. Aus dem weltweiten Überangebot von Arbeitsleuten suchen sie sich ganz frei die billigsten und leistungsfähigsten heraus. Und nur wenn die einheimischen dieses Kriterium nach Preis und Leistung erfüllen, tun sie selbstverständlich auch ihnen den Gefallen, sie auszu-beuten. Wie Mafiosos drücken die Unternehmer ihre Erpressung als ein Angebot an die Belegschaften aus, das die nicht ablehnen können: „Nur wenn deutsche Löhne mit polnischen, indischen usw. konkurrenzfähig sind, können wir Arbeitsplätze in Deutschland halten.“ Bei ihrer Erpressung setzen die Konzerne auf die Abhängigkeit der „Arbeitnehmer“ von der Arbeit, die sie „geben“, – und auf den Willen ihrer Leute, den Ansprüchen dieser Abhängigkeit gerecht zu werden. Und wie es aussieht, können die Kapitalisten auch darauf setzen. Die erpressten Arbeitsleute sollten aber eines wissen: Genau mit ihren Anstrengungen, die Renditeansprüche des Kapitals zu erfüllen und selbst für weniger Geld mehr zu leisten, reiten sie sich immer tiefer in die Scheiße. Genau dadurch vergrößern sie die Erpressungsmacht des Kapitals, die ihnen zu schaffen macht.

Worauf die Erpressungsmacht des Kapitals beruht und warum sie immer größer wird.

- Die meisten Menschen in den modernen

die keinen Profit abwirft und nur dem Arbeitnehmer nützt, gibt es im Kapitalismus nicht. Nur deshalb gibt es Arbeitslose, Leute die Arbeit brauchen und nicht kriegen können.

• Für ihren Gewinn sind die Unternehmer auf die Dienste ihrer Beschäftigten angewiesen. Aber sie verstehen, mit dieser Abhängigkeit so umzugehen, dass daraus keine wechselseitige Erpressungsfähigkeit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer entsteht, sondern die Sache schön einseitig bleibt. Da der Lohn, von dem die Beschäftigten leben müssen, für die Unternehmer Kosten sind, setzen sie überall neueste Maschinerie ein und machen die Arbeit, die sie bezahlen, immer produktiver. Das könnte ein Segen für die Menschheit sein. Technisch gesehen wird es nämlich von Jahr zu Jahr leichter, das Notwendige und Wünschenswerte herzustellen und zu beschaffen. Technisch gesehen nimmt die notwendige Arbeit ab. Aber im Kapitalismus findet der technische Fortschritt selbstverständlich nicht statt, um den Arbeitern mehr Güter zugänglich zu machen oder um ihnen Arbeit zu ersparen. Er findet statt, um dem Kapital Lohnkosten zu ersparen – entsprechend sehen seine Wirkungen aus: Wenn Firmen den technischen Wirkungsgrad der Arbeit steigern und in einer Stunde das Ergebnis von vorher zwei Arbeitsstunden erarbeiten lassen, dann entlassen sie die eine Hälfte ihrer Beschäftigten und sparen sich die Zahlung von deren Lebensunterhalt. Die verbliebene andere Hälfte kann dann, erpresst durch die Entlassungsdrohung, froh sein, an den verbliebenen Arbeitsplätzen – wenn sie Glück hat, zum alten Lohn – weiterarbeiten zu dürfen. Dadurch senken die Unternehmer ihre Lohnkosten und steigern ihren Gewinn. Die Form der Arbeitszeitverkürzung, die der Kapitalismus kennt, heißt Arbeitslosigkeit – und mit der Produktivität der Arbeit in den Fabriken wächst die Zahl derer, die ins Elend abstürzen, weil das Kapital ihre Dienste nicht mehr braucht. Ihre Not ist die andere Seite des wachsenden Kapitalreichtums.

• Zusammen mit ihrem Reichtum wächst die Erpressungsmacht der Kapitaleigner. Sie verwenden die durch ihren Fortschritt geschaffenen Arbeitslosen als Kampfmittel gegen ihre Beschäftigten. Je produktiver die Arbeit, desto größer die Zahl der national und weltweit Arbeitslosen; und je größer deren Zahl, desto härter und glaubwürdiger die Drohung der Kapitalisten, noch billigere Arbeitslose an Stelle der angestammten Belegschaften anzustellen. Eben dadurch, dass die einen gar nicht mehr arbeiten dürfen, werden die anderen dazu erpresst, wieder länger zu arbeiten. Arbeitslosigkeit und Überarbeit gehören in diesem System zusammen und nichts ist hier undenkbarer, als dass sich diejenigen, die zu viel arbeiten müssen, mit denen, die gar nicht arbeiten, die Arbeit teilen können.

• Der freiheitliche Staat baut die Erpressungsmacht der Unternehmer zum kompletten Zwangssystem aus: Er beschimpft die vom Kapital überflüssig gemachten und auf öffentliche Unterstützung angewiesenen Erwerbslosen als Schmarotzer mit „Mitnahmentalität“, setzt sie auf 345– Euro Existenzminimum – und zwingt sie so erst recht in eine Billigkonkurrenz gegen die Beschäftigten. Sie müssen jede Arbeit zu jedem Preis annehmen und drücken dadurch den Lohn aller. *So wächst im Zeitalter nahezu vollautomatischer Fabriken und inmitten des größten Überflusses an Produkten aller Art die Armut. Die einen werden für Dienste am Kapital nicht mehr gebraucht und verlieren mit der Arbeit ihr Einkommen. Die anderen, die „Arbeit haben“, verteidigen ihren Status gegen die Billiglöhner dadurch, dass sie ihnen immer ähnlicher werden – immer fleißiger nämlich und ärmer.* Wer das für Wahnsinn hält und nicht für ein hinzunehmendes Naturgesetz des menschlichen Wirtschaftens, ist richtig bei dem:

Vortrag mit Diskussion: Donnerstag, 25. November 20 Uhr Altes Feuerwehrhaus Stuttgart-Süd, Möhringer Str. 56

Die Freiheit der Wissenschaft = Funktionalisierung der Wissenschaft für Staats- und Geldmacht

Es ist längst üblich, dass sich kapitalistische Unternehmen im Hochschulbereich einkaufen. Sie mieten Reklamewände, sponsern Lehrstühle, finanzieren Drittmittel, gründen Institute oder ganze Universitäten, die dann nicht nur ihren Namen tragen, sondern auch ihrer Sache dienen, und überschwemmen die Universitäten mit Werbeveranstaltungen, über die sie HQA's aus den Naturwissenschaften, aber auch aus der BWL oder Jurisprudenz abwerben. Natürlich ist das ein Skandal: Denn Wissenschaft wird auf diese Weise Zweckentiergestellt, die alle ausschließliche um Gewinn- und/oder Macht-zuwachs kreisen – so fortschrittlich, weltoffen, menschenrechts- und naturverpflichtet sie sich auch darstellen mögen.

Wer nun in diesem Skandal vornehmlich einen Missbrauch der Freiheit von Wissenschaft erblickt, liegt falsch. Denn der hält die im Univeritätsbetrieb eingeräumte Freiheit glatt für einen Dienst des Staates an der Wissenschaft und ihren Repräsentanten, für eine Bedienung der Anliegen von Forschern und Studierenden, vielleicht gar für ein Instrument, über das der Staat die Gesellschaft „menschfreundlicher“ gestalten möchte. Die vom bürgerlichen Staat gewährte Freiheit der Wissenschaft ist jedoch nichts anderes als die wissenschaftsadaquate Form der Funktionalisierung der Forschung für Geld- und Staatsmacht – und die jüngste Entwicklung ihre logische Vollendung! Die Wissenschaft ist frei ... Die Hochschulen sind immer noch in erster Linie Einrichtungen des Staates. Er steht für sie ein und bezahlt die anfallenden Sach- und Personalkosten. Die Hochschullehrer sollen auf diese Weise ein Wissen produzieren und vermitteln, ohne sich ständig jene Geldsorgen machen zu müssen, mit denen sich die Mehrheit der Bevölkerung herumschlägt. Das ist ihr Privileg. Die Wissenschaftler setzt der demokratische Staat aber nicht nur von den Nöten der Erwerbsarbeit frei, sondern auch von staatlichen Weisungen beim Nachdenken. Er schreibt weder den Inhalt noch die Dauer oder gar das Ergebnis der Forschung vor, sondern überlässt alles den Professorhirnen und erklärt allein sie dafür zuständig – im Wissen, dass es diese Arbeitsbedingungen, die die im Kapitalismus gültigen Maßstäbe für (Lohn-)Arbeit auf den Kopf stellen, für ihre wissenschaftliche Tätigkeit braucht. Wissenschaftler sollen – zunächst einmal – ihre Forschung voranbringen und so das Wissen ganz allgemein und d.h. ganz ohne jeden bestimmten staatlich erwünschten Anwendungszusammenhang entwickeln.

... im Dienst der Staatsmacht!

Wissen mehrten lautet also der erste, sehr abstrakte Staatsauftrag, der in der Freiheit der Forschung eingeschlossen ist. Er verweist darauf, dass der „moderne Staat“ Wissen als Mittel seiner Macht in großem Stil braucht. Im Wissen und in seiner Umsetzung in Instrumente der Wachstumsförderung, Infrastruktur, medizinischen Gesundheitspflege, militärischen Gesundheitszerstörung usw. entdeckt er in der Tat eine zentrale Quelle für Erfolge in der Staatskonkurrenz. Die um die Wissenschaft errichtete „Mauer“ – auch „Elfenbeinturm“ genannt – mit interner Freiheitsgarantie, also mit der Befreiung der Wissenschaftler von inhaltlichen Vorschriften, Zeitdruck und Finanzsorgen, ist dafür das adäquate Mittel.

Diese staatlich eingerichtete Wissenschafts-freiheit hat aber eine zweite Seite: Denn sie bedeutet umgekehrt, dass außerhalb dieser Sphäre des Geistes, also in Politik und Ökonomie, das systematisch produzierte Wissen die Zwecke der Menschen gerade nicht bestimmt. Den Wissenschaften wird mit ihrer Festlegung auf theoretische Reflexion zugleich die wissenschaftliche Bestimmung gesellschaftlicher Praxis entzogen. Ökonomie und Familie, Justiz und Kultur, Schule und Fernsehen, kurz: alle innen- und außenpolitischen Verhältnisse, werden nicht nach begründeten Einsichten, d.h. nach Abklärung aller Argumente, sondern getrennt von der Wissenschaft nach Interessen regiert. Sie müssen sich keiner wissenschaftlichen Prüfung unterwerfen. Das haben sie nicht nötig. Sie sind nämlich mit Macht ausgestattet. So melden denn beide gesellschaftlichen Bereiche,

Staats- und Geldmacht, steigenden Bedarf an wissenschaftlicher Erkenntnis an, die allein als Mittel für ihre getrennt von wissenschaftlicher Erkenntnis feststehenden Ziele gedacht ist. Denn Wissen soll dem Kapital nützen! Die systematische Produktion von Wissen und die gesellschaftliche Praxis, in der Erkenntnisse zur Anwendung kommen, existieren also im Kapitalismus getrennt. Doch diese Trennung ist nicht das letzte Wort in dieser Angelegenheit. Denn was für die methodische Produktion gilt, gilt für die Resultate des Wissenschaftsprozesses gerade nicht. Diese bilden einen allgemein zugänglichen immateriellen Fundus an Wissen, aus dem sich aber nur Staat und kapitalistische Ökonomie nach ihren Interessen bedienen können. Zugreifen kann auf ihn zwar jedermann, er muss nur, um sich Wissen anzueignen, in die Bibliothek oder ins Internet gehen. Zur gesellschaftlichen Anwendung der geistigen Produkte gehört jedoch mehr. Dazu gehören Kapital und eine Macht, die dafür sorgt, dass Wissenschaft nur hierzulande genehmen Zwecken dient. Demgemäß wird der Wissensfundus gesichtet, wird ihm entnommen, was Nutzen verspricht, und der Rest dort belassen. Vielleicht erfüllt er später einmal einen Anwendungsbedarf. Auf diese Weise wenden die herrschenden Mächte Wissenschaft an, ohne dass ihnen diese ihre Zwecke vorschreibt. Also erfüllt die Wissenschaft gerade dadurch, dass sie von jeder besonderen staatlich bestimmten Zwecksetzung frei ist, im Kapitalismus ihre Aufgabe als allgemeines geistiges Dienstleistungsunternehmen: So produziert sie Erkenntnisse, die dann für Zwecke und Anliegen zur Verfügung stehen, die selbst der wissenschaftlichen Reflexion entzogen sind. Und so ist gerade mit der staatlichen Einrichtung der Freiheit der Wissenschaft ihre – notwendig – affirmative Funktion institutionalisiert. Und wie sieht die Wissenschaft das? Wertfrei!

Innerhalb der Wissenschaft(sethik) gilt die Enthaltsamkeit in Sachen Einmischung geradezu als Tugendbeweis und besitzt den Charakter einer innerwissenschaftlichen Vorschrift: Wertfrei muss Wissenschaft sein, wenn sie anerkannt sein will, lautet dieser Imperativ. Und gemeint ist mit diesem Postulat nichts anderes als das Verbot, aus der Funktionalisierung, aus dem staatlichem Geistesghetto, auszubrechen und aus wissenschaftlicher Erkenntnis heraus gesellschaftliche Zusammenhänge bestimmen zu wollen. Die gehen den Wissenschaftler nichts an; und folglich gilt es geradezu als Missbrauch der Freiheit der Forschung, wenn Forscher zur Einmischung aufrufen – besonders natürlich, wenn sie auf unerwünschten Ratschlägen auch noch insistieren. Frei von jeder Einmischung ins pralle gesellschaftliche Leben hat die Forschung zu sein, eben wertfrei, lautet die Dienstanweisung, die mit der staatlich gewährten Forschungsfreiheit formuliert ist. Wissenschaft, die für jedes staatlich anerkannte Interesse dienstbar sein soll, ist deshalb auch – im Bereich der Geisteswissenschaften – pluralistisch verfasst. Denn jedes dieser Gedankengebäude bezieht seine Geltung nicht aus seiner Stimmigkeit, sondern aus seiner Freiheit, sprich: aus seiner potentiellen Brauchbarkeit für praktische oder ideologische Zwecke in der bürgerlichen Gesellschaft. Pluralismus ist folglich kein Wert im Geistesleben, sondern ein funktionelles Erfordernis seiner Knechtsstellung.

Die Freiheit wird nicht abgeschaft, ...

Wer nun anprangert, dass sich heute zunehmend bereits innerhalb des Wissenschaftsbetriebes ein außerwissenschaftliches Interesse an der Wissenschaft breit macht, liegt richtig in der Feststellung der kapitalistischen Instrumentalisierung des Geisteslebens. Falsch liegt er jedoch, wenn er dies für einen neuen Trend hält, der sich ihm am heutigen Stand der Auftragsforschung erschließt und gegen den er die Freiheit der Wissenschaft verteidigen möchte. Er liegt deswegen daneben, weil es – wie gezeigt – bei der staatlichen Einrichtung dieser gesonderten Sphäre namens Universität um nichts anderes als um eine solche Instrumentalisierung der Resultate der

Wissenschaft für Geld- und Staatsmacht geht. Geändert hat sich natürlich etwas: Der Zugriff staatlicher und ökonomischer Einrichtungen aufs Wissen beginnt inzwischen bereits in der Phase ihrer staatlich organisierten Produktion und nicht erst dann, wenn es gilt, deren Resultate auf Brauchbarkeit hin zu filtrieren. Was sich nicht geändert hat, das ist das Prinzip der nur einseitigen Durchlässigkeit jener Trennungsmauer zwischen gesellschaftlichen Zwecken und staatlicher Wissensproduktion: Staat und Wirtschaft bemächtigen sich der Resultate systematischer Wissensproduktion, ihr Zugriff erfolgt sogar in zunehmendem Maße bereits an der Stätte geistiger Produktion selbst. Gerade dadurch bleibt die „Mauer“ in umgekehrter Richtung weiterhin unpassierbar. Denn die Dienstverpflichtung der Wissenschaftler auf Interessen, die den demokratischen Kapitalismus regieren, ist auf diese Weise bereits im Forschungsanliegen selbst verankert. Die staatlich institutionalisierte Kehrseite der Wissenschaftsfreiheit, die „Freisetzung“ der Wissenschaft von jeder Einmischung in herrschende Interessen, wird dadurch richtig offenbar. Folglich hat derjenige, der sich allein an dieser neuen Form des unmittelbaren Zugriffs kapitalistischer Unternehmungen in Gestalt der Auftragsforschung stört, den Witz an Form und Zweck kapitalistischer Wissensproduktion verpasst. Der muss sich die Frage gefallen lassen, ob für ihn das Verhältnis von Wissenschaft und (kapitalistischer) Gesellschaft in Ordnung wäre, wenn die Anwender in der Alma Mater nicht so aufdringlich in Erscheinung träten; wenn man also am schönen Schein eines gänzlich freien, eigenen und natürlich ziemlich „emanzipatorischen“ Zwecken verpflichteten Geisteslebens festhalten könnte!

... sondern effektiviert für Staat und Kapital!
Dass die potentiellen Anwender – Firmen, ganze Branchen, aber auch staatliche Einrichtungen – in zunehmendem Maße ihr Interesse an verwertbarem Wissen dort sehr konkret und finanzkräftig geltend machen, wo es produziert wird, kommt der Sparpolitik von Kultusbehörden

den zwar entgegen und stellt einen Anreiz für immer kostspieligere Forschung dar, begründet sich aber nicht allein aus dieser. Die Übung, die Wissenschaft gleich über den unmittelbaren Zugriff auf ihre Quellen in den Dienst konkreter politischer und ökonomischer Zwecke zu stellen, erklärt sich zum einen daraus, dass sich das Verhältnis von Grundlagenforschung und unmittelbar verwendbarer technologischer Forschung zu Gunsten letzterer verschoben hat. Es gibt im Bereich der Naturwissenschaften immer mehr gesichertes Wissen, und folglich konzentriert sich Forschung bereits schon von sich aus weniger auf die „weißen Flecken“ der Erkenntnislandkarte, sondern eher auf Anwendungsfragen. Zum zweiten verhält es sich so, dass die ökonomische Konkurrenz zwischen Kapitalen und die politische zwischen Staaten an Wucht und Brisanz zugenommen hat, also in vermehrtem Maße technologisches Wissen als Konkurrenzmittel notwendig wird. Zu besichtigend ist all dies auf dem Weltmarkt und auf anderen Schlachtfeldern.

Fazit:
Die Freiheit der Wissenschaft zu verteidigen ist Sache des Staates – er hat sie immerhin als sein Instrument eingeführt. Er tut dies auch und stellt mit seinem Verteidigungswerk klar, dass ihn nur die Kritiker des kapitalistischen Wissenschaftsbetriebs stören, nicht aber seine Nutznießer. Es gibt also keinen guten Grund, sich dieser Angelegenheit anzunehmen. Denn das Bemühen um richtige Erkenntnis von Gesellschaft, um ihre praktische Umsetzung und um vernünftige Anwendung von Naturwissenschaft hat im staatlichen Wissenschaftswesen keinen Platz. Wer sich an den Ideologien der Gesellschaftswissenschaft stört, wer ihren Pluralismus für eine geistige Zumutung hält und etwas dagegen hat, dass mittels richtiger Naturerkenntnis heute Zerstörungswerke aller Art vorangebracht werden, kommt jedoch um die Kritik der staatlich eingerichteten Freiheit der Wissenschaft nicht herum

Prof. Dr. Freerk Huiskens

Zufälle gibt's!

Die Teilnahme von Rechtsextremen an den Montagsdemonstrationen sollte nicht verwundern.

Rechte und linke Botschaften sind sich zum Verwechseln ähnlich

Dass die organisierten Jungfaschisten auf den Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV nichts verloren haben, darin sind sich die Veranstalter mit Attac, den Gewerkschaften und der PDS völlig einig. Warum jedoch die Pappen, Sprüche, Flugblätter der NPD oder der DVU dort nicht hingehören, vermögen sie nicht recht nachzuweisen. Es ist immer dasselbe: Wenn sich die neuen Nazis nicht mit Springerstiefeln, Glatzen, Werbematerial der NPD oder Rufen wie »Deutschland den Deutschen – Ausländer raus« uniformieren würden, dann wären sie für all die guten Demokraten des »linken Lagers« nicht erkennbar.

Unterschiede in der inhaltlichen Kritik am Hartz-IV-Programm, die den Ausschluss der DVU und der NPD vom Protest begründen könnten, vermögen sie gar nicht aufzudecken. So fällt den linken Demonstranten wie auch der kommentierenden bürgerlichen Öffentlichkeit nur die abenteuerliche Erklärung ein, die Neonazis hätten sich mit linken Parolen getarnt und eine »braune Chamäleon-Taktik« zugelegt. Doch warum sollten sie eigentlich? Um mit linken Sprüchen für die entgegengesetzte, die rechte Sache, zu werben? Das wäre wirklich eine eigentümliche »Taktik«. Welcher von linker Kritik wirklich überzeugte Demonstrant ließe sich schon für rechte Anliegen gewinnen?

Das nationale Anliegen

Auf den Gedanken, dass sie selbst vielleicht mit ihren kritischen Parolen die neuen Faschisten theoretisch zu jenem »Schulterschluss« eingeladen haben, den sie praktisch um jeden Preis unterbinden wollen, kommen die Tugendwäch-

ter des (ost-)deutschen Protests nicht. So etwas liegt jenseits ihres Vorstellungshorizontes. Und doch ist dies leider der Fall. Das politische Selbstbewusstsein der um political correctness des Widerstands gegen den »Sozialabbau« bemühten Wort- und Schriftführer und ihre kritischen Einlassungen zu der neuen Stufe nationaler Verarmung von Lohnabhängigen fallen ziemlich auseinander. »Linke« und »Rechte« haben sich längst zu kaum noch unterscheidbaren Angriffen auf das Hartz-IV-Konzept vorgearbeitet, in deren Zentrum nichts als Sorgen um nationale Anliegen stehen.

So teilen »Linke« und »Rechte« einvernehmlich die Sorge um die »Vernichtung volkswirtschaftlicher Massenkaukraft« (Attac, PDS, DVU, NPD) durch Hartz IV. Wem gilt diese Sorge eigentlich? Gilt sie den auf ganz neue Formen von Armut festgelegten Beziehern von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, oder gilt sie Konzernen wie Karstadt, Müllermilch und Lidl? Nicht die Verarmungspolitik wird angeklagt, sondern eine Wirkung, die diese Armut auf »unsere nationale Volkswirtschaft« hat. In der Tat: Wenn immer mehr Menschen nicht wissen, was sie morgen in Topf und Pfanne tun sollen, weil der Sozialstaat sie auf schmale Kost gesetzt hat, dann werden sie wohl auch keine großen Beiträge für die positiven Geschäftsbilanzen von Lebensmittelkonzernen liefern können.

Wem gilt die Sorge vor »sozialen und gesellschaftlichen Destabilisierungstendenzen« (PDS), vor den nationalen Auswirkungen von »Asozialmaßnahmen« (DVU)? Gilt sie den Menschen, die in Armutshettos getrieben werden, weil der Sozialstaat sie aus ihren

Wohnungen vertreibt? Gilt sie dem Elend der Leute oder beklagt sie, dass Leute, die verzweifelt zur Flasche oder zu anderen Rauschmitteln greifen, die gesellschaftliche Ordnung »destabilisieren«? Keine Frage: Erneut halten »Linke« und »Rechte« nur eine Wirkung von Verwahrlosungsprozessen auf ihr geliebtes nationales Gemeinwesen für skandalös.

Ja, das wird wohl so sein, dass die Ghettos keinen sehr schönen Anblick bieten, der Rechtsstaat polizeilich neu gefordert wird und das hübsche Bild vom fleißigen, sauberen und anständigen deutschen Volksgenossen einige Flecken bekommt. Sollte das nicht allein ein Ärgernis für die Fans sauberer Verhältnisse in der Heimat sein?

Nur die Würde soll bleiben

Welches Opfer wird eigentlich beklagt, wenn schließlich der Verlust der »Menschenwürde« (PDS, NPD, Attac), die »Demütigung« (NPD) von »Wehrlosen« (PDS), die sie sich per Fragebogen »nackt ausziehen« (NPD) müssen, gegeißelt wird? Gilt die Sorge der Enteignung von Leuten oder der »Menschenwürde«? Gilt sie der Tatsache, dass der Staat das bisschen privat angesammelte (Geld-)Eigentum, mit dem Lohnarbeiterfamilien in absehbaren Notfällen die knappen Sozialversicherungsleistungen etwas aufbessern wollen, dafür hernimmt, um an Sozialleistungen zu sparen? Oder gilt sie dem Umstand, dass Menschen sich von »fremden, anonymen« (Attac) Behörden ausfragen lassen müssen? Soll da ein »gläserner Mensch« beklagt werden oder dass der Fragebogen dazu hergenommen wird, um den Leuten noch einmal in die Tasche zu fassen? Auch ein apartes Anliegen: Stolz und Würde soll der Mensch, der deutsche Mensch zumal, behalten dürfen, wenn ihm schon sonst so ziemlich alles genommen wird.

Und so geht es weiter. Nie gilt die Kritik der neuesten Stufe des rot-grünen Verarmungsprogramms, das da für Millionen Ausgemusterte beschlossen wird. Nie reicht es den Grüppchen und Parteien, nur anzuprangern, was diese neue Sozialfürsorge für Groß und Klein, für Alt und Jung, für Mann und Frau, für Gesunde und Kranke, für In- und Ausländer bedeutet; welche Lebensperspektiven ihnen ab sofort verschlossen und auf welche Überlebensperspektiven sie festgelegt werden.

Immer interessieren in erster Linie Schädigungen des Gemeinwesens, weniger die der Leute. Immer siegt der nationale Verantwortungstandpunkt über die Beschwerde, die dem staatlich festgeklopften Elend gilt. Immer steht die Sorge über – tatsächliche oder erfundene – Auswirkungen von Hartz IV auf solche nationalen Güter, die den Protestierenden aller Couleur am Herzen liegen, im Vordergrund. Immer scheint ihnen der Beweis, dass es auch ihnen wie der nationalen Regierung letztlich nur um Deutschland geht – um seine Massenkaukraft, sein Kapital- und Bevölkerungswachstum, seine Finanzkraft, seine Keimzellen,

die Familien, das einvernehmliche Verhältnis von Volk und Herrschaft, seine Ordnung, den Anstand und die Würde seiner Bevölkerung usw. – wichtiger zu sein, als nur festzuhalten, dass das Regierungsprogramm zur Sanierung des nationalen Standorts unverträglich ist mit den materiellen Interessen der Leute, die als Manövriermasse dieses deutschen Aufbruchprogramms vorgesehen sind.

Abgrenzung nach rechts

Eine inhaltliche Abgrenzung zu den Neonazis ist der PDS, Attac und den Antifas denn doch noch eingefallen. Die NPD und die DVU möchten nämlich verhindern, dass auch Ausländer in den Genuss der Hartz-IV-Maßnahmen kommen, die diesen Montagsdemonstranten bei Ausländern wie unverdiente Privilegien vorkommen. Ausländer sind am meisten betroffen, halten die »Linken« dagegen und sehen sich durch die nationalistische Ausgrenzung von Ausländern in ihrer Absage an die Neonazis bestätigt.

Doch sofort bringen sie ihre Kritik wieder um ihre Substanz. Es fällt ihnen gegen die völkische Vorsortierung von Sozialberechtigungen nämlich nur ein, dass dadurch der Gerechtigkeitshaushalt der Nation durcheinander gebracht werde. Folglich setzen sie der rechten Sorge ums deutsche Volkstum ihre markige linke Gerechtigkeitsparole entgegen.

»Wir wollen, dass Migrantinnen und Migranten gleiche Rechte haben wie BRD-StaatsbürgerInnen«, heißt es in einer Erklärung, die von Vertretern der PDS, des Berliner Sozialbündnisses, von Attac und Berliner Antifas unterzeichnet wurde. Sie sollten sich schon einmal die Frage vorlegen, ob man von »gleichen Rechten« satt wird. Soll eigentlich die neue Sozialgesetzgebung bekämpft oder sollen Deutsche und Migranten irgendeiner Variante des nationalen Verarmungsprogramms ganz gleich und gerecht unterworfen werden? Das fällt eben nicht in eins – wie z.B. Frauen in der Fabrik immer mal wieder erfahren dürfen, die »gleichen Lohn für gleiche Arbeit« fordern und dann mit einer Herabstufung der Männer oder selbst mit einer Versetzung an »ungleiche« Arbeitsplätze zum alten Lohn bedient werden. Ist denn immer noch unbekannt, dass die gleiche Stellung vor dem Recht an den ungleichen ökonomischen Lebensverhältnissen nichts ändert, sondern sie nur ins Recht setzt?

Wer gleiche Rechte für Deutsche und Ausländer einklagt, der macht sich nicht für die Verbesserung ihrer Lebensumstände stark. Wer aber das und nur das will, der sollte sich von den Überlegungen verabschieden, ob denn erstens auch wirklich alle Betroffenen wirklich gleich betroffen sind und ob zweitens unsere Obrigkeit denn wirklich eine gute und gerechte Herrschaft ist.

Prof. Dr. Freerk Huiskens;
Prof. Dr. Margaret Wirth
Quelle: Jungle World, Nr. 37

Vorankündigungen

- Für Tübingen: Neue Aula, Hörsaal 2, um jeweils 19 Uhr**
- **am 14.12.2004 spricht Prof. Dr. E. Dozekal über das Thema: „Globalisierung - Ideologie und Realität“ und**
- **am 17.01.2005 spricht Prof. Dr. F. Huiskens über das Thema: „Arbeit und Reichtum“**

Wer nun Interesse bekommen hat, sich mit einigen Argumenten näher auseinanderzusetzen, der ist eingeladen, an einem wöchentlichen Diskussionstermin mit der GegenStandpunkt-Redaktion teilzunehmen.

Wir treffen uns jeden Dienstag um 19 Uhr im Nebenraum der Gaststätte Herzog Ulrich Ulrichstr./ Ecke Christophstr. in Tübingen